

Klaus-Heiner Lehne (CDU) und Willi Rothley (SPD):

Abgeordnetenstatut

Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Kommunisten und Grünen polemisieren zu Lasten des Europäischen Parlaments

Zu der Pressekonferenz der Fraktionen von Liberalen, Vereinigten Linken und Grünen von heute morgen nehmen der stellv. Vorsitzende des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments und Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Abgeordnetenstatut, Willi Rothley (SPD), und der rechtspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Klaus-Heiner Lehne (CDU), wie folgt Stellung:

"Die Vorsitzenden der drei kleinen Fraktionen haben heute morgen den Eindruck erweckt, sie seien die Befürworter eines Abgeordnetenstatuts und die großen Fraktionen - Christdemokraten und Sozialisten - seien dagegen. Richtig ist, daß sich der Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments und das Plenum seit 1998 intensiv mit den Arbeiten zu einem Abgeordnetenstatut befassen. Dies erfolgt insbesondere auf Betreiben und unter aktiver Beteiligung der großen Fraktionen. Die kleinen Fraktionen haben keine wesentlichen Beiträge zu einem Abgeordnetenstatut geleistet. In der Regel haben sie Vorschläge, die aus dem Ausschuß gekommen sind, abgelehnt.

Auch die mündliche Anfrage, die heute und morgen im Plenum behandelt wird, ist von den beiden großen Fraktionen gegen das ausdrückliche Votum der kleinen auf die Tagesordnung gekommen. Der Unterschied zwischen den vorgelegten Kompromißresolutionen - zum einen der drei kleinen, zum anderen der beiden großen Fraktionen - besteht in einem wesentlichen Punkt: Die großen Fraktionen nehmen in der Resolution Bezug auf den Rothley-Bericht im Rechtsausschuß vom April diesen Jahres und fordern den Rat auf, dazu konkret Stellung zu nehmen. Die kleinen Fraktionen lehnen dies ab.

Ziel der Resolution ist es jedoch gerade, endlich nach Monaten eine verbindliche Stellungnahme des Rates zu dem konkreten Statutsentwurf zu bekommen, damit Anfang des neuen Jahres noch rechtzeitig in dieser Legislaturperiode die formale Beschlußfassung über ein Statut erfolgen kann.

Beide großen Fraktionen beabsichtigen, vor der Erweiterung und den nächsten Europawahlen endlich eine einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Abgeordneten zu bekommen. Beide Resolutionen sehen keine Beschlußfassung zu Fragen der Kostenerstattungen vor. Dies gilt auch für den Antrag der kleinen Fraktionen. Nach dem Vertrag ist dies nicht Aufgabe des Statuts, sondern ist ausschließlich vom Präsidium des Parlaments zu entscheiden. Beide Resolutionen fordern das Präsidium auf, entsprechende Beschlüsse parallel zu den Beratungen zum Abgeordnetenstatut zu fassen. Im Ergebnis soll eine gerechte und den Transparenzgrundsätzen entsprechende Besoldung und Kostenerstattung der Abgeordneten erfolgen.

Den Vorsitzenden der kleinen Fraktionen empfehlen wir, die Resolution zunächst einmal erst zu lesen, bevor sie unehrliche Behauptungen aufstellen, und zu Lasten des gesamten Parlaments unseriös herumpolemisieren."

Für weitere Informationen:

Klaus-Heiner Lehne, MdEP, EVP-ED-Fraktion, Tel. +32-2-284 5047

Willi Rothley, MdEP, PSE-Fraktion, Tel. +32-2-284 5415

Rupert Krietemeyer, EVP-ED-Pressestelle, Tel. +32-475-808 600

Hildegard Caspari-Persch, PSE-Pressestelle, Tel. +32-2-284 3665